

Freie Presse

Samstag/Sonntag
12./13. Januar 2008
46. Jahrgang
Nr. 10
F 8999 A

Einzelpreis: 1,10 €
Verlag und Redaktion
09111 Chemnitz
Brückenstraße 15
Tel. 03 71/65 60

CHEMNITZER ZEITUNG

LOKALES

Baubürgermeisterin soll zurücktreten

Chemnitz. Seit Wochen läuft im Rathaus auf höchster Ebene hinter den Kulissen die Geheimdiplomatie auf Hochtouren. Ziel ist nach „Freie Presse“-Informationen, die Chefin des Baudezernats, Petra Wesseler, zum Rücktritt zu bewegen und ihr so einen Abwahlenantrag im Stadtrat zu ersparen. —Seite 13

Skifahrer messen ihre Kräfte mit Profis

Limbach-Oberfrohna. 24 Stunden sportlicher Höchstesatz, Spannung und Spaß erwarten drei Limbach-Oberfrohnaer, die heute und morgen am Benefiz-Skirennen in Villars in den Schweizer Alpen teilnehmen. Der Erlös geht an Projekte, die kranken oder behinderten Kindern helfen. —Seite 18

REGIONALES

Dank der Konkurrenz gelingt Neuanfang

Hainichen/Oederan. Vor genau einem Jahr brannte die Gellertstadt-Bäckerei in Hainichen ab. Die Existenz von mehr als 100 Mitarbeitern war gefährdet. Doch über Nacht wurde entschieden: Der Betrieb geht weiter. Möglich wurde das dank der Konkurrenten, der Bäckerei Möbius aus Oederan. —Seite 3

ZEITGESCHEHEN

Mount-Everest-Pionier Edmund Hillary ist tot

Wellington. Der Erstbezwinger des Mount Everest, Sir Edmund Hillary, ist im Alter von 88 Jahren gestorben. Hillary erreichte zusammen mit dem Sherpa Tenzing Norgay am 29. Mai 1953 als erster Mensch den Gipfel des 8.848 Meter hohen Everest. Trotz seines Triumphs blieb Hillary stets bescheiden. —Seite 6

WIRTSCHAFT

Auch Volkswagen tüftelt an neuen Billigautos

Frankfurt (Main). Nach dem indischen Tata-Konzern drängt auch Volkswagen auf den Markt für Billigautos. Europas größter Autobauer will in den nächsten Jahren zwei Fahrzeuge für weniger als 10.000 Euro auf den Markt bringen. Sie sind vor allem für den Verkauf in Schwellenländern geplant. —Seite 9

WETTER

Zunächst zeigt sich vielerorts die Sonne. Später werden die Wolken dichter, es bleibt aber meistens trocken. —Seite 12: Wetterkarte

SERVICE - CENTER

Montag – Freitag: 6.00–18.00 Uhr
• telefonische Anzeigenannahme
• Fragen zum Abonnement
• Anmeldung zum Internetzugang

Freie Presse

gebührenfreie Service-Hotline:
0800 80 80 123

freiepresse.de

E-Mail: service@freiepresse.de
Internet: www.freiepresse.de/service



FC Bayern findet seinen Traumtrainer

Jürgen Klinsmann tritt am 1. Juli Nachfolge von Ottmar Hitzfeld an – Ex-Nationalcoach zieht wieder nach Deutschland



Jürgen Klinsmann unterschrieb gestern einen Zweijahresvertrag als Trainer des FC Bayern München.

—FOTO: CHRISTOF STACHE/AP

München. Auf der Suche nach einem neuen Trainer ist dem Fußballbundesligisten FC Bayern München der wohl größte Coup in seiner Vereinsgeschichte gelungen. Ab 1. Juli wird der frühere Bayernspieler und später umjubelte Bundestrainer Jürgen Klinsmann den deutschen Rekordmeister trainieren. Der 43-jährige gebürtige Stuttgarter löst Ottmar Hitzfeld ab, der den Rekord-

meister zum Saisonende verlässt.

Klinsmann unterschrieb gestern in München einen Zwei-Jahres-Vertrag, „weil der FC Bayern das Non-plus-ultra des deutschen Fußballs ist“ und seine Familie enge Bindungen nach Deutschland habe. Bayern-Manager Uli Hoeneß sagte, er freue sich auf einen „Querdenker, der eigene Wege geht“. Der FC Bayern brauche starke Trainer mit eigener Meinung

und Profil. Klinsmann spielte von 1995 bis 1997 als Stürmer beim FC Bayern und führte die deutsche Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft 2006 als Bundestrainer auf den dritten Platz. Wie bei der Nationalmannschaft will Klinsmann auch beim FC Bayern mit einem Team von Co-Trainern und Spezialisten arbeiten. Er habe auch Angebote von anderen Vereinen und Nationalmann-

schaften gehabt. Aber nach einem Anruf des FC Bayern kurz vor Weihnachten sei die emotionale Entscheidung sehr schnell gefallen. Jürgen Klinsmann wird mit seiner Familie von Kalifornien nach München ziehen. Auch seine Mutter, die in Stuttgart eine Bäckerei betreibt, freue sich, ihre Enkelkinder wieder öfter zu sehen. (ap/ddp)

—Seite 10: Bericht und Kommentar

Opposition: Riester-Rente nachbessern

Arbeitsministerium bestreitet Nachteile für Geringverdiener

Berlin. Wegen möglicher Nachteile für Geringverdiener bei der Riester-Rente dringt die Opposition auf Nachbesserungen bei dieser staatlich geförderten Altersvorsorge. Linke, Grüne und FDP forderten gestern in Berlin eine Abkehr von der Regelung, dass die Einkünfte aus der Riester-Rente im Alter auf eine Grundsicherung angerechnet werden. Demgegenüber verteidigte das Bundesarbeitsministerium die derzeitige Rechtslage. Die Darstellung des ARD-Magazins „Monitor“, die Riester-Rente lohne sich wegen der Anrechnung für Geringverdiener nicht, sei unseriös und verzerrend.

Auch der frühere Arbeitsminister Walter Riester (SPD) zeigte sich empört. Es sei eine „ungeheuerliche Botschaft“, den Menschen zu empfehlen, auf einen Riester-Vertrag zu verzichten, sagte er. „Das wirft uns um Jahre zurück“, sagte er mit Blick auf die Bemühungen, möglichst viele Menschen für die Riester-Rente zu gewinnen. (apf) —Seite 4: Bericht

Keine Umweltzonen in Sachsen in Sicht

Chemnitz. Autofahrer in Sachsen werden so schnell nicht mit Umweltzonen wie in Berlin, Hannover oder Köln konfrontiert. Weder in Chemnitz, Leipzig noch in Dresden ist mit der baldigen Errichtung solcher Zonen zu rechnen. In Dresden soll im ersten Halbjahr ein Luftreinhalteplan in Kraft treten, der zwar ein Bündel von Maßnahmen zur Reduzierung der Feinstaub-Belastung vorsieht, aber keine Umweltzone, in die nur noch Fahrzeuge mit einem bestimmten Schadstoffniveau hineinfahren dürfen. Holm Felber, Sprecher des Dresdner Regierungspräsidiums, schloss eine solche Maßnahme für den Bereich Innere Neustadt und Altstadt kern nicht aus, legte sich aber nicht auf einen Zeitpunkt fest. (slo)

—Seite 4: Leitartikel und Bericht

Unions-Innenminister geschlossen für härtere Jugendstrafen

Forderung nach Warnschussarrest und Fahrverbot für jugendliche Straftäter – Sachsens Jugendgerichte sind laut Justizminister Spitze

Berlin/Wiesbaden/Dresden. Der Forderung nach härteren Strafen für kriminelle Jugendliche haben sich nun auch die Innenminister der unionsgeführten Bundesländer angeschlossen. Die Minister sprachen sich gestern auf einer Konferenz in Wiesbaden für die Einführung eines „Warnschussarrests“, eine schnellere Abschiebung straffälliger jugendlicher Ausländer, die Erhöhung der Höchstgrenze der Jugendstrafe und ein Fahrverbot als mögliche Sanktion aus und folgten damit dem CDU-Bundesvorstand.

Hessens Innenminister Volker Bouffier (CDU) sagte, man dürfe nicht die Augen davor verschließen, dass unter Heranwachsenden und

Jugendlichen ein hohes Gewaltpotential herrsche und dass der Anteil von ausländischen Straftätern dabei hoch sei. Ausländische Jugendliche sollten künftig bereits dann ausgewiesen werden können, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt werden.

Die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, nannte die Forderungen der Innenminister „billigen Aktionismus“. „Wer bestehende Gesetze nicht anwendet oder im Bereich der Prävention von Jugendkriminalität den Rotstift wüten lässt, sollte nicht nach neuen Gesetzen rufen.“ Auch der Deutsche Richterbund lehnte eine Verschärfung des Strafrechts ab. Es gebe keinen Auto-

matismus, wonach härtere Strafen zu mehr Abschreckung und weniger Kriminalität führten, sagte Richterbund-Vorsitzender Christoph Frank.

Einer aktuellen Umfrage zufolge ist die Mehrheit der Deutschen für eine Verschärfung des Jugendstrafrechts, sieht das Problem der Kriminalität aber gleichermaßen bei ausländischen und deutschen Jugendlichen. Nach dem gestern veröffentlichten ZDF-Politbarometer halten 54 Prozent der Befragten eine Verschärfung der Gesetze für notwendig, 42 Prozent erachten sie für ausreichend. Dass Jugendgewalt hauptsächlich ein Problem von Ausländern sei, gaben aber nur 31 Prozent an. 67 Prozent vertraten die Ansicht,

dass dies ausländische und deutsche Jugendliche gleichermaßen betrifft.

Das sächsische Justizministerium verwies derweil auf die kurze Verfahrensdauer von Jugendstrafverfahren im Freistaat. „Die sächsischen Jugendgerichte gehören zu den schnellsten in Deutschland“, teilte Justizminister Geert Mackenroth gestern mit. Demnach nahm Sachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei der Anzahl der Jugendrichter im Jahr 2006 den zweiten Platz ein; die Verfahren bei sächsischen Jugendrichtern dauerten im Durchschnitt nur 2,7 Monate. Damit belegten die sächsischen Jugendrichter im Bundesvergleich den dritten Platz. (epd/rtr/oha) —Seite 6: Berichte

Offene Telefonrechnung: FBI kann nicht abhören

Washington. Wegen offener Telefonrechnungen hat die US-Bundespolizei FBI Probleme beim Abhören mutmaßlicher Verbrecher. Telefongesellschaften kappten dem FBI zum Abhören genutzte Verbindungen, nachdem ausstehende Beträge über zehntausende Dollar nicht beglichen wurden, wie aus einem Prüfungsbericht des Justizministeriums hervorgeht. Allein in einem Büro seien unbezahlte Rechnungen einer einzelnen Telefongesellschaft von umgerechnet 45.000 Euro aufgelaufen. In mindestens einem Fall sei eine Abhöraktion wegen Zahlungsverzugs gestoppt worden, heißt es. Als Gründe nannte der Bericht eine laxe Ausgabenkontrolle bei verdeckten Ermittlungen. (ap)



Kreativität im Pistenschnee

Eric Dombrowe aus der Schweiz wagte schon gestern den Sprung über ein Hindernis im Oberwiesenthaler „Fun Park“. Beim 9. Inferno Ost, dem größten ostdeutschen Snowboard-, Freeski- und Telemark-Wettbewerb, werden über 200 Teilnehmer erwartet. Die Fahrer müssen vor allem Kreativität und Sprungsicherheit beweisen. In einem eigenen Junior-Cup kommen in diesem Jahr auch die Wintersportler unter 17 Jahren auf ihre Kosten. 2006 sahen sich 10.000 Gäste das Spektakel an.

—FOTO: BRIGITTE STREEK
—www.freiepresse.de/fotogalerien

ZAHL DES TAGES

900,1

Der Goldpreis hat gestern vorübergehend ein Rekordhoch erreicht. Die Feinunze kostete in New York zeitweise 900,1 Dollar und lag damit erstmals über der psychologisch wichtigen Marke von 900 Dollar. Im Handelsverlauf ging der Preis wieder auf 898,70 Dollar pro Feinunze zurück. Als Motor des Höhenflugs gilt der schwache Dollar. Fällt die US-Währung, steigt tendenziell auch der Goldpreis. Zudem gilt das Edelmetall in Zeiten steigender Inflation und wirtschaftlicher Turbulenzen als sichere Investition. (ap)

Bush: Wir hätten Auschwitz bombardieren sollen

US-Präsident besucht Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem

Jerusalem. Sichtlich bewegt hat US-Präsident George W. Bush zum Abschluss seiner dreitägigen Nahost-Reise die Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem in Jerusalem besucht. Während der einstündigen Führung sei Bush zwei Mal den Tränen nahe gewesen, sagte der Vorsitzende des Holocaust-Zentrums Av-

ner Schalev. Vor Luftaufnahmen des Vernichtungslagers Auschwitz habe Bush Außenministerin Condoleezza Rice zu sich gerufen und mit ihr darüber gesprochen, warum sich die US-Regierung damals gegen einen Angriff des KZs entschieden habe. „Wir hätten es bombardieren sollen“, zitierte Schalev Bush. (ap)

Kinder unter drei Jahren sollen nicht fernsehen

Gesundheitsexperten halten klare Regeln zum Fernseh- und Computerkonsum für notwendig

VON CHRISTOPH ULRICH

Köln. Vor zu frühem Fernsehen oder Spielen am Computer hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gestern in Köln gewarnt. Kinder unter drei Jahren sollten überhaupt nicht fernsehen, Vorschulkinder nicht länger als eine halbe Stunde am Tag vor dem Fernseher oder Computer verbrin-

gen, rieten die Gesundheitsexperten. Dass zu früher und zu häufiger Fernseh- und Computerkonsum negativen Einfluss auf die geistigen Fähigkeiten der Kinder habe, sei wissenschaftlich belegt. Deshalb bräuchten die Kinder klare Regeln im Umgang mit dem Fernseher.

Für Schulkinder empfehlen die Experten maximal eine Stunde Fernseh- oder Computerzeit am

Tag. Zudem sollten die Bildschirme vor dem Kindergarten oder der Schule ausgeschaltet bleiben. Das gelte ebenfalls für die Mahlzeiten und die Zeit vor dem Schlafengehen. Auf keinen Fall sollten Kinder allein vor dem Fernseher sitzen, hieß es von Seiten der BZgA. Einig sind sich die Experten auch, dass Fernsehgeräte nicht ins Kinderzimmer gehören.